



Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 27. März 2017
Kantonsratspräsident Andreas Hofer

A 296 Anfrage Hunkeler Yvonne und Mit. über die Auswirkungen der Ablehnung der Unternehmenssteuerreform III auf den Kanton Luzern / Finanzdepartement

Die Anfrage A 296 wurde auf die März-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden.

Michèle Graber und Armin Hartmann lehnen die dringliche Behandlung ab.

Michèle Graber: Die GLP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit aller sieben als dringlich eingereichten Vorstösse ab. Die dringliche Behandlung der Anfrage A 296 von Yvonne Hunkeler hat in unserer Fraktion zu den meisten Diskussionen Anlass gegeben. Mit der Frage 2: „Welche Auswirkung hat das Nein auf die bevorstehende Abstimmung zum Referendum gegen die geplante Steuererhöhung des Kantons Luzern vom 21. Mai 2017?“ wird ein Dringlichkeitskriterium zwar fast erfüllt. Es reicht aber auch, die Anfrage anlässlich der nächsten Session im Mai zu beantworten. Wir sind natürlich an den Antworten aller dringlich eingereichten Vorstösse interessiert, aber die Dringlichkeitskriterien werden nach unserer Meinung nicht erfüllt.

Armin Hartmann: Die SVP-Fraktion sieht die Dringlichkeitskriterien der Anfrage A 296 als nicht erfüllt an. Das Thema kann anlässlich der nächsten oder übernächsten Session besprochen werden. Die Unternehmenssteuerreform III ist und bleibt abgelehnt, die Ausgangslage wird sich nicht ändern. Die PFK hat die relevanten Informationen dazu erhalten, sie lassen sich in einem Satz zusammenfassen und können dem PFK-Protokoll entnommen werden. Unabhängig von dieser Frage hat sich im Parlament in den letzten Jahren eine Unart eingeschlichen. Fast bei jedem eidgenössischen Urnengang gibt es für den Luzerner Kantonsrat eine dringliche Vor- und Nachbearbeitung. Vor zehn Jahren war dies noch nicht der Fall; der Ratsbetrieb ist dadurch auch nicht effizienter geworden. Bitte lehnen Sie die Dringlichkeit ab.

Yvonne Hunkeler: Ich halte an der Dringlichkeit fest. Im Hinblick auf die Abstimmung zur geplanten Steuererhöhung des Kantons Luzern vom 21. Mai 2017 möchte ich wissen, welche Auswirkungen die Ablehnung der Unternehmenssteuerreform III auf den Kanton Luzern hat. Wir Kantonsräte können die Information wohl dem PFK-Protokoll entnehmen, die Öffentlichkeit hat aber keine Kenntnis davon. Aus diesem Grund bitte ich Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen.

David Roth: Die SP-Fraktion bittet Sie ebenfalls, der Dringlichkeit aller Vorstösse zum Thema Finanzen zuzustimmen. Der Regierungsrat hat für die Beantwortung der Vorstösse sechs Monate Zeit. Wir werden aber bereits vor Ablauf dieser Frist das FLG und das neue Budget beraten. Deshalb benötigen wir die Antworten jetzt.

Michael Töngi: Ich bitte Sie ebenfalls, der Dringlichkeit zuzustimmen. Der Kanton Luzern befindet sich mit der aktuellen Finanzdiskussion in einer ausserordentlichen Situation. Wir Parlamentarier sollten diesen Prozess eng begleiten und jetzt entsprechende Signale an die

Regierung senden und nicht erst in ein paar Monaten.

Patrick Hauser: Die FDP-Fraktion stimmt der dringlichen Behandlung der Anfrage A 296 zu. Die Antworten müssen der breiten Bevölkerung zugänglich sein.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Ich bitte Sie im Namen des Regierungsrates, die Anfrage dringlich zu behandeln. Die Unternehmenssteuerreform III hat sehr viele Diskussionen ausgelöst. Der Bund ist bereits daran, eine neue Vorlage auszuarbeiten. Es besteht deshalb jetzt das Interesse, die Bevölkerung darüber zu informieren.

Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 83 zu 33 Stimmen zu.

Yvonne Hunkeler ist mit der Antwort des Regierungsrates zufrieden und verlangt keine Diskussion.